

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Prinzipielle Unterschiede - gemeinsame Probleme

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1988) : Prinzipielle Unterschiede - gemeinsame Probleme, In: Susanne Miller, Malte Ristau (Ed.): Erben deutscher Geschichte: DDR-BRD: Protokolle einer historischen Begegnung, ISBN 3-499-12348-7, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg, pp. 26-32

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112312>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

«Prinzipielle Unterschiede – gemeinsame Probleme»

1. Die Historiker in der Bundesrepublik und in der DDR haben heute mehr gemeinsam als vor zehn oder zwanzig Jahren. In vielen Einzelbereichen der empirischen Forschung verfolgt man ähnliche Fragestellungen, benutzt man gleiche Methoden und lernt voneinander. Hier wie dort zeigen sich ähnliche Trends, etwa eine gesteigerte Beschäftigung mit Sozialgeschichte. Auch unter den Geschichtstheoretikern gibt es Austausch und gemeinsame Interessen: Max Weber wird auch in der DDR diskutiert, marxistische Ansätze finden auch in der Bundesrepublik Interesse und Verwendung. Die Aufmerksamkeit für die Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik war in der DDR immer sehr ausgeprägt. In den letzten Jahren hat nun auch hier das Interesse für geschichtswissenschaftliche Entwicklungen in der DDR zugenommen. Das gegenseitige Verhältnis ist durch zunehmende Differenzierung und größere Sachlichkeit bestimmt.

Die Kontakte haben zugenommen, wenn es auch weiterhin viel leichter ist, einen französischen oder einen ungarischen Kollegen zum Fachgespräch einzuladen als einen Kollegen aus der DDR. Daß dieses Forum «Erben deutscher Geschichte: Bundesrepublik und DDR» stattfindet, ist selbst ein bedeutsames und zu begrüßendes Zeichen. Es ist zu hoffen, daß sich diese Entwicklungen fortsetzen – bis hin zu «joint ventures» im Forschungsbereich. Das hängt wohl weniger von der Wissenschaft und den Wissenschaftlern ab als vom Gesamtklima, von der Politik, von außerwissenschaftlichen Faktoren – auf die wir allerdings Einfluß nehmen können. Weitere Entspannung liegt sicher auch im Interesse des innerwissenschaftlichen Diskurses.

2. Jedoch bestehen weiterhin gravierende Unterschiede und Gegensätze. Für die Geschichtswissenschaft in der DDR ist die marxistisch-leninistische Lehre verbindlich, deren Grundsätze zwar nicht unflexibel sind, aber maßgeblich von außerwissenschaftlichen, politischen Instanzen mitinterpretiert werden und der Kritik der meisten einzelnen Historiker weitgehend entzogen sind. Für die Geschichtswissenschaft in der DDR ergibt sich daraus die Pflicht zur Parteilichkeit und zur Arbeit im Rahmen eines relativ geschlossenen, zentral formulierten Geschichtsbildes mit teleologischen Zügen – eines Geschichtsbildes, das Vergangenheit und Gegenwart verklammert und die DDR als bisher fortgeschrittenste Stufe deutscher Geschichte darstellt. So erklären sich die stark legitimatorischen Funktionen der Geschichtswissenschaft in der DDR, ihre vergleichsweise geringe Autonomie und ihre große Bedeutung in Gesellschaft und Politik.

Historiker in der Bundesrepublik sind mit einer ähnlich verbindlichen und homogenen Staatsideologie nicht konfrontiert. Die Bundesrepublik hat geschichtsphilosophische Legitimation weder nötig noch zur Verfügung. Entsprechend geringer sind die legitimatorische Indienstnahme und die gesellschaftlich-politische Bedeutung der Geschichtswissenschaft hierzulande. Ihre relative Autonomie ist vergleichsweise gesichert. Der Pluralismus von Fragestellungen, Theorien und Deutungen ist konstitutiv für das hiesige wissenschaftliche Selbstverständnis und zu einem guten Teil auch für unsere Wissenschaftspraxis. Weder wird uns in der Regel die Herstellung eines einheitlichen Geschichtsbildes zugemutet, noch ist es für uns riskant, solche Zumutung, wenn sie denn auftritt, zurückzuweisen. Traditionspflege ist in der Bundesrepublik – anders als in der DDR – nicht eine Hauptaufgabe der Historiker.

Allerdings schlagen diese prinzipiellen Unterschiede zwischen den beiden Geschichtswissenschaften nicht dauernd und hundertprozentig auf die alltägliche empirische Forschung und Einzeldarstellung durch. Auch bei uns hat der Pluralismus seine Grenzen. Und auch in der DDR hat die historische Forschung eine eigene Dynamik, eigene Methoden, ein professionelles Selbstbewußtsein und ein von Partei und Staat schon im eigenen Interesse normalerweise respektiertes Eigengewicht, das in den letzten Jahren mit steigender Leistungskraft eher zu- als abgenommen hat. Deshalb vor allem sind systemübergreifend Kooperation und Gemeinsamkeit auf vielen Einzelgebieten möglich, so sehr in der Interpretation der großen Linien und in den

prinzipiellen Standortbestimmungen Gegensätze fortbestehen. Vieles scheint überdies in der DDR in Bewegung, vielleicht mehr, als wir von hier aus immer wahrnehmen können.

3. Aber nicht nur als professionelle Historiker, sondern auch als nahe beieinander lebende Zeitgenossen und als «Erben» ein und derselben Geschichte (jedenfalls bis 1945) haben Historiker in der Bundesrepublik und in der DDR manches gemeinsam: gemeinsame Bürden, gemeinsame Chancen und gemeinsame Probleme. Drei davon möchte ich ansprechen, mit Fragen an die Kollegen aus der DDR: die Einordnung des Nationalsozialismus, das Problem des Fortschritts und die Frage der Nation.

3.1. Die angemessene Einordnung der nationalsozialistischen Diktatur in die deutsche Geschichte und – durch Vergleich – in den universalgeschichtlichen Zusammenhang ist ein Dauerproblem, um das es auch im sogenannten «Historikerstreit» ging, der in den letzten Monaten hier in der Bundesrepublik ausgetragen wurde. Diese Kontroversen dauern an, unvermeidlicherweise. Hat man in der DDR dieses Einordnungsproblem gelöst, oder hat dort der anstehende Historikerstreit nur noch nicht stattgefunden? Es fällt auf, daß man in der DDR lange den deutschen Faschismus fast ausschließlich als Produkt der Politik damals herrschender Minderheiten dargestellt hat: der Monopolbourgeoisie, des Finanzkapitals, der Junker etc., die gemeinsam mit einigen braunen Desperados das an sich unschuldige, an sich fortschrittliche Volk vergewaltigten, verführten und versklavten, bis dieses dann 1945 befreit wurde und – nach gründlicher Entmachtung der herrschenden Cliquen – östlich der Elbe zum Träger fortschrittlicher Politik werden konnte. Da ist etwas dran, aber die Wirklichkeit war und ist viel komplizierter. Denn der Nationalsozialismus hatte durchaus seine Basis in der Bevölkerung. Er war durchaus im «Volk» verwurzelt. Natürlich gab es Widerstand und Resistenz in den verschiedensten sozialen Schichten, aber die Geschichte des deutschen Volkes und die Geschichte des deutschen Faschismus durchdrangen sich gegenseitig zutiefst, und von dieser schlimmen, zeitweiligen Symbiose bleibt deutsche Geschichte auch in den folgenden Jahrzehnten beeinflusst (bis heute) – und zwar nicht nur in der Bundesrepublik. Dem Anteil der Massen, des Volkes, auch der Arbeiterklasse, an jenem katastrophalen Abschnitt deutscher Geschichte muß sich meines Erachtens die DDR-Historie erst noch gründlicher stellen.

Das könnte gravierende theoretische Konsequenzen haben. Es könnte danach auch schwerer sein, eindeutig und sauber zwischen progressiven und reaktionären «Klassenlinien» in der deutschen Geschichte zu unterscheiden und die DDR ausschließlich in die Tradition der «positiven Klassenlinie» zu rücken. Man kann sich eben nicht nur den Teil des «Erbes» aussuchen, der einem paßt, und den anderen über die Grenze abschieben. Vielmehr gibt es auch in dieser Hinsicht so etwas wie «Verantwortungsgemeinschaft» (v. Thadden). – Aber möglicherweise renne ich mit diesen Bemerkungen offene Türen ein? Jedenfalls möchte ich Walter Schmidt ausdrücklich zustimmen, wenn er schreibt, es gehe darum, das ganze historische Erbe in seiner Weite und Vielfalt, Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit «voll aufzuschließen und anzueignen».

3.2. Die Interpretationen der Geschichte sind immer beeinflußt von den Erfahrungen in der Gegenwart. In den letzten Jahren werden im industriell fortgeschrittenen Teil der Welt Erfahrungen gemacht, die die ungewollten «Kosten» und gefährlichen Folgen der modernen Zivilisation ins Blickfeld treten lassen. Man wird nicht zum nostalgischen Romantiker werden, und man wird die immensen Fortschritte der weltweit ausstrahlenden westlichen Zivilisation nicht herunterspielen müssen, um doch sensibler zu werden für die Ambivalenzen des Fortschritts. Eine solche Sensibilisierung findet hierzulande statt, und sie findet ihren Niederschlag in Teilen des Geschichtsbewußtseins und der Geschichtsschreibung. Bekanntlich gilt das für die sogenannte «Alltagsgeschichte», in der man allerdings die «Kosten» der Modernisierung oft maßlos übertreibt und die «gute alte Zeit» zu stilisieren geneigt ist. Aber auch andere Historiker sind vorsichtiger geworden mit der Vergabe der Prädikate «rückwärts gewandt» und «vorwärts gewandt», «fortschrittlich» und «rückschrittlich».

Nun sind diese Krisenerfahrungen ja grenzen- und systemüberschreitend. Es gab Unfälle in Harrisburg und Tschernobyl. Chemie bedroht nicht nur den Rhein, sondern auch die Oder. Der Smog über Berlin macht an der Mauer nicht halt. Die umfassende Bürokratisierung des Lebens ist im Osten sogar noch viel ausgeprägter als im Westen. Aber man findet in der Geschichtsschreibung der DDR kaum einen Niederschlag dieser Erfahrungen. DDR-Historiker zeigen weiterhin eine bewunderswerte Sicherheit – oder erstaunliche Naivität? – bei der Verteilung der Attribute «fortschrittlich» und «reaktionär». Sie scheinen ganz genau zu wissen, was Fortschritt ist, und sie ignorie-

ren seine Ambivalenzen. Woran liegt es? Sperrt sich da ein politisch festgezurrt, aus dem 19. Jahrhundert stammendes Geschichtsbild gegen die wissenschaftlich produktive Verarbeitung neuer Erfahrungen?

3.3. In beiden Staaten wächst das Interesse an der Nationalgeschichte. In der Bundesrepublik wird heute mehr als früher von den Historikern erwartet, daß sie Antworten auf die Frage nach der kollektiven Identität geben, und zwar auch auf die Frage, wer man als Deutscher sei. Und so sehr man in der DDR beansprucht, heute nicht mehr Teil einer übergreifenden deutschen Nation zu sein, sondern eine neue, sich formierende, sozialistische deutsche Nation darzustellen, so entschieden wendet man sich jetzt doch der ganzen deutschen Geschichte, dem «ganzen nationalen Erbe», der «Nationalgeschichte des deutschen Volkes» zu. Lange hatte man eher ausgewählte «positive Traditionen» progressiver und revolutionärer Art als Kern der eigenen Geschichte betont – von den innerstädtischen Kämpfen des Spätmittelalters und den Bauernkriegen über die Aufklärung und die Jakobiner bis zu Arbeiterbewegung und KPD – und den großen Rest eher kritisch oder am Rand betrachtet (obwohl es da immer viele Übergänge gab). Neuerdings wird dagegen (W. Schmidt) «mit größerer Unbefangenheit», «wie es dem siegreichen Sozialismus entspricht», «in neuer Qualität die Frage nach einer umfassenden und differenzierenden Aufarbeitung des nationalen Erbes der gesamten deutschen Geschichte» verfolgt. Drei abschließende Bemerkungen zu diesen Problemen:

a) Sowohl in der Bundesrepublik wie in der DDR scheint mit dieser nationalgeschichtlichen Akzentverschiebung die Neigung zu einer mildereren, weniger kritischen, «zustimmungsfähigeren» Sicht der eigenen Geschichte verbunden zu sein. Neuere Deutungen des Kaiserreichs, die Kritik an der kritischen «Sonderweg»-These, aber auch manche Bemühungen um die «Historisierung» des Nationalsozialismus lassen sich als bundesrepublikanische Beispiele anführen. Die anerkennungsreiche Neubewertung Preußens und Friedrichs («des Großen»), Luthers und Bismarcks kann man als entsprechende Beispiele auf der DDR-Seite sehen. – Wie sich in den letzten Monaten gezeigt hat, geht dies zumindest in der Bundesrepublik nicht ohne entschiedene Einwände ab. Die Sorge vor glättender, legitimatischer Identitätshistorie ist groß. Daß es am Ende zu einer nationalgeschichtlichen «Entsorgung» (Habermas) der Vergangenheit wirk-

lich kommt, ist unwahrscheinlich. Kritische Traditionen sind in der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik mittlerweile fest verwurzelt. Aber wie ist es in der DDR, wo positive Traditionspflege seit langem zu den anerkannten Aufgaben der Historiker zählt?

b) Zweifellos bedeutet die neue Betonung der nationalgeschichtlichen Dimension nicht ihre Verabsolutierung – weder in der Bundesrepublik noch in der DDR. Hier wie dort kann die nüchterne historische Erinnerung zu der Einsicht beitragen, daß man als Person zugleich immer in mehreren Loyalitäten und Identitäten steht, die miteinander in Spannung sein mögen, sich aber nicht notwendig widersprechen: als Bürger eines Staates und als Einwohner einer Region, als Europäer, als Angehöriger der westlichen Zivilisation und eben auch als Deutscher mit Zugehörigkeit zu einem geschichtlich-kulturell-sprachlichen Zusammenhang, den wir «Nation» nennen. Nichts spricht dafür, diese nationale, nationalgeschichtlich fundierte Dimension unserer Identität zu ignorieren und zu verdrängen, aber ebenso wenig spricht dafür, sie vor anderen Dimensionen unserer Identität besonders herauszustreichen. Wissenschaftlich mindestens so interessant, wenn auch schwieriger ist die Erforschung *europäischer* Zusammenhänge, in die die deutsche Geschichte bekanntlich über die Jahrhunderte hinweg besonders intensiv verflochten gewesen ist. Auch politisch mag manches dafür sprechen. Die nationalgeschichtliche Wendung kann auch einen Verlust, eine Rückkehr zu alten historiographischen Konventionen darstellen, die man schon einmal überwunden zu haben glaubte.

c) Soweit man in der Bundesrepublik und in der DDR erwartet, durch Hinwendung zur deutschen Nationalgeschichte die spezielle Identität, den Zusammenhalt und die Stabilität des jeweiligen Staatswesens stärken zu können, ist keineswegs sicher, ob sich diese Erwartung erfüllt. Jedenfalls wird man nicht übersehen können, daß auf diese Weise das in den Blick und ins Geschichtsbewußtsein gelangt, was beide Staaten historisch verbindet. Denn sie teilen ein und dieselbe Geschichte zumindest bis 1945, so verschieden diese westlich und östlich der Elbe auch interpretiert wird. Und selbstverständlich beansprucht man auch in der Bundesrepublik, legitimer «Erbe» der ganzen deutschen Geschichte zu sein. Durch die Hinwendung zum «ganzen historischen Erbe» kommt Gemeinsames in den Blick.

Man wird die Kraft gemeinsamer historischer Erinnerung angesichts der vielfältigen Unterschiede und Gegensätze, die ansonsten

das Verhältnis der beiden Staaten prägen, nicht überschätzen. Sicherlich folgt aus der gemeinsamen Geschichte *allein* nicht der Beweis, daß eine systemübergreifende deutsche Nation weiterhin besteht (obwohl man für deren Existenz durchaus Argumente beibringen kann). Und zur Begründung des Sinns einer *staatlichen* Wiedervereinigung taugt die deutsche Geschichte erst recht nicht. Im Gegenteil: Die Existenz mehrerer Staatswesen bzw. Herrschaftsgebiete war der Normalfall deutscher Geschichte, das Projekt der deutschen Nationalstaatsbildung in der Mitte Europas hatte von Anfang an große «Kosten» und mittelfristig katastrophale Folgen. Und die prinzipielle Fortschrittlichkeit dieses Experiments mag gerade für heutige Historiker, die nicht mehr kleindeutsch-borussisch verengt denken, weniger selbstverständlich sein als für die meisten Zeitgenossen der Reichsgründung, zu denen nicht nur Sybel und Treitschke, sondern auch Marx und Engels gehörten.

Trotzdem konstituiert gemeinsame Geschichte Zusammengehörigkeit langfristiger Art, und sie stellt gemeinsame Erfahrungen bereit, aus denen man Schlüsse zu ziehen versuchen kann. Das Wort von der «Verantwortungsgemeinschaft» spielt darauf an. Verantwortung gegen den Frieden – sicherlich, das wird derzeit häufig und zu Recht betont. Aber vielleicht haben wir auch gemeinsame Verantwortung gegenüber anderen Normen menschlichen Zusammenlebens wie Freiheit und Pluralismus, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Die langfristige Verletzung oder Unterdrückung solcher Prinzipien rächt sich, wie man eben auch aus der deutschen Geschichte lernen kann. Gegenstand gemeinsamer Verantwortung wäre insofern sicherlich der Frieden, aber eben nicht nur dieser. Doch dies ist ein weites Feld.